

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Manuel Sarrazin,  
Dr. Frithjof Schmidt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/7774 –**

### **Für eine Strategie zur europäischen Integration der Länder des westlichen Balkans**

#### **A. Problem**

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass ohne die Staaten des westlichen Balkans die Europäische Union als historische Errungenschaft unvollendet bleibe. Dabei dürfe es weder Grenzverschiebungen auf dem Westbalkan geben noch eine Europäisierung bilateraler Konflikte.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf die völkerrechtliche Anerkennung der Staaten des Westbalkans in ihren bestehenden Grenzen durch alle EU-Mitgliedstaaten zu drängen und sich nach der Anerkennung des Kosovo durch alle EU-Mitgliedstaaten für einen raschen Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens und die Abschaffung der Visumpflicht für das Kosovo, eine EU-Westbalkanstrategie und die Unveränderlichkeit der gegenwärtigen staatlichen Grenzen einzusetzen. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, auf die vollständige Erfüllung der Kopenhagener Kriterien im Beitrittsprozess zu drängen sich für eine Verbesserung der Situation der Minderheiten, insbesondere der Roma, und eine gute Zusammenarbeit aller Staaten des Westbalkans mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien einzusetzen, an der Lösung zwischenstaatlicher Konflikte und gutnachbarschaftliche Beziehungen als Beitrittskriterium festzuhalten sowie Blockademöglichkeiten des EU-Beitritts verspäteter Staaten des Westbalkans durch bereits beigetretene Staaten auszuschließen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Keine.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/7774 abzulehnen.

Berlin, den 18. Januar 2012

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Peter Beyer**  
Berichterstatter

**Günter Gloser**  
Berichterstatter

**Dr. Rainer Stinner**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatter

**Marieluise Beck (Bremen)**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Peter Beyer, Günter Gloser, Dr. Rainer Stinner, Wolfgang Gehrcke und Marieluise Beck (Bremen)

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/7774** in seiner 142. Sitzung am 23. November 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass ohne die Staaten des westlichen Balkans die Europäische Union als historische Errungenschaft unvollendet bleibe. Dabei dürfe es weder Grenzverschiebungen auf dem Westbalkan geben noch eine Europäisierung bilateraler Konflikte.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf die völkerrechtliche Anerkennung der Staaten des Westbalkans in ihren bestehenden Grenzen durch alle EU-Mitgliedstaaten zu drängen und sich nach der Anerkennung des Kosovo durch alle EU-Mitgliedstaaten für einen raschen Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens und die Abschaffung der Visumpflicht für das Kosovo, eine EU-Westbalkanstrategie und die Unveränderlichkeit der gegenwärtigen staatlichen Grenzen einzusetzen. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, auf die vollständige Erfüllung der Kopenhagener Kriterien im Beitrittsprozess zu

drängen sich für eine Verbesserung der Situation der Minderheiten, insbesondere der Roma, und eine gute Zusammenarbeit aller Staaten des Westbalkans mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien einzusetzen, an der Lösung zwischenstaatlicher Konflikte und gutnachbarschaftliche Beziehungen als Beitrittskriterium festzuhalten sowie Blockademöglichkeiten des EU-Beitritts verspäteter Staaten des Westbalkans durch bereits beigetretene Staaten auszuschließen.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/7774 in seiner 55. Sitzung am 18. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7774 in seiner 52. Sitzung am 18. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 18. Januar 2012

**Peter Beyer**  
Berichtersteller

**Günter Gloser**  
Berichtersteller

**Dr. Rainer Stinner**  
Berichtersteller

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichtersteller

**Marieluise Beck (Bremen)**  
Berichtersterlerin